

monitor



(c) apabiz

Großaufmarsch ade?

Proteste gegen Neonazi-Aufmärsche zeigen Wirkung

Neonazi-Großaufmärsche wie in Dresden gibt es kaum noch. In etlichen Bundesländern finden auf hohe Beteiligung ausgerichtete Demonstrationen immer seltener statt. Stattdessen setzt die Szene vermehrt auf Kleinaktionen wie Mahnwachen. Befinden sich die deutschen Neonazis an einem Wendepunkt ihrer Aufmarschpolitik?

Nächstes Jahr wird es spannend! Zum 70. Mal jährt sich dann am 13. Februar die alliierte Bombardierung Dresdens zum Ende des 2. Weltkriegs. Jahrelang war dies das zentrale Datum für deutsche Neonazis. Zielgerichtet war der »Trauermarsch« von Dresden als eines der wichtigsten Großevents etabliert worden. Noch vor wenigen Jahren marschierten bis zu 6500 Neonazis durch die Stadt. Doch wird es auch 2015 eine Neonazi-Demonstration geben? Seit 2010 organisiert das antifaschistische Bündnis »Dresden Nazifrei« Blockadeaktionen – auch gegen den Widerstand der sächsischen Offiziellen. Mit Erfolg: Zehntausende protestierten, versperrten den Neonazis den Weg, deren Teilnahmezahlen sanken Jahr um Jahr. Mit dem Mahngang »Täterspuren« gelang es »Dresden Nazifrei« sogar in Ansätzen, die Bombardierung als Teil der notwendigen militärischen Niederschlagung der faschistischen Taternation Deutschland öffentlich wirksam zu kontextualisieren.

Kapitulation der Nazis in Dresden 2015?

In diesem Jahr gab es ein Novum. Die Neonazis verzichteten auf eine Großdemo zum 13. Februar. Der Druck durch die erneute Blockadeankündigung von »Dresden Nazifrei« war schlichtweg zu groß. Lediglich am Vortag versammelten sich rund 500 Rechte aus Sachsen und den angrenzenden Bundesländern und liefen durch die Stadt. Das ist keine geringe Anzahl und zeigt, dass die Strukturen der Neonazis stabil genug sind, um bei einem symbolisch wichtigen Event über interne Kanäle recht effektiv mobilisieren zu können. Doch im Vergleich zu den Vorjahren ist aus dem einst europaweit bedeutsamen »Trauermarsch« ein Trauerspiel geworden. Der Vorabendmarsch gelang obendrein nur mit Trickereien: Er war erst zwei Tage vorher und eher heimlich als Versammlung von 50 Personen angemeldet worden. Trotzdem protestierten etwa 1000 Menschen dagegen. Dresden als Herzstück der neonazistischen Demonstrationspolitik, wie

Inhalt

- 1 Großaufmarsch ade?
Proteste gegen Neonazi-Aufmärsche zeigen Wirkung
- 3 Langer Weg der Aufarbeitung
Zum Umgang der türkischsprachigen Presse mit den Morden des NSU
- 5 Berliner Zustände 2013
Jährlicher Schattenbericht von MBR und apabiz erschienen
- 6 Kampf dem Antifaschismus
Rezension
- 7 Kurzmeldungen
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.v.
(apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und
nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bic: BFSWDE33BER
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich,
aber fördermitglieder bekommen ihn
zugeschickt. mehr infos dazu gibt es
auf der rückseite.

monitor – rundbrief des apabiz e.v. |
v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c.schulze,
lausitzer str.10, 10999 berlin | dank an
unsere fördermitglieder, die mit ihrem
beitrag die finanzierung unterstützen |
erscheinungsweise: alle zwei monate
fotos: alle rechte liegen bei den
fotograf_innen



sie sich seit Mitte der 1990er Jahre in Deutschland etablierte, ist ernsthaft infrage gestellt. Das Bündnis »Dresden Nazifrei« diskutiert derzeit sogar, »ob es auch 2015 wieder eine Nazifrei-Kampagne geben« müsse.

Die Dresdner Protestform der entschlossenen aber friedlichen Massenblockade hat überdies ausgestrahlt und findet als ein effektives und umsetzbares Mittel fernab zahn-

Bewegung genommen worden. Auch hier spielten Proteste, aber auch staatliche Repressionen, eine Rolle. Statt ein oder zwei zentralen Demonstrationen zum 1. Mai wie einst finden nun typischerweise eher eine Vielzahl von kleinen – auch von den Teilnehmendenzahlen her betrachtet – Regionalaufmärschen statt.

Für den 1. Mai 2014 sind Aufmärsche in Dortmund, Duisburg, Essen, Berlin, Kaiserslautern, Plauen angekündigt. In der Summe zog es im Jahr 2010 am »nationalen Arbeiterkampftag« noch etwa 3700 Neonazis bundesweit auf die Straße, 2013 waren es nur noch 1800. Die Lust bei vielen eigentlich aktionsfreudigen Rechten sinkt am Wochenende hunderte Kilometer durch die Republik zu fahren. Denn oft genug steht man dann doch wieder nur stundenlang vor einem Bahnhofsgebäude

herum, eingezwängt von Polizeiketten und umstellt von einer Blockade. Statt »Kampf für Deutschland« heißt es zurzeit oft: Ankommen, ärgern, abfahren.

Natürlich gibt es Ausnahmen. Seit sechs Jahren organisiert ein Nazibündnis um den Altkader DIETER RIEFLING Aufmärsche zum TAG DER DEUTSCHEN ZUKUNFT – bisher in wechselnden nordwestdeutschen Städten. Das Event ist sorgfältig und umfassend vorbereitet, wird im Rahmen einer Kampagne beworben und konnte so mehrfach 500 bis 700 Neonazis mobilisieren. Im Juni 2014 soll der TAG DER DEUTSCHEN ZUKUNFT übrigens ausgerechnet in Dresden stattfinden. Der Magdeburger »Trauermarsch« ist mit 900 bis 1000 Neonazis auf stabilem und recht hohem Niveau. Als Ersatz für Dresden taugt all dies jedoch nicht.

Die Bewegung ist in ihrer Straßenpolitik auf ihren harten Kern reduziert. Die, die sich zurzeit auf den Aufmärschen des »Nationalen Widerstands« versammeln, sind aus fanatischer Überzeugung dabei und nehmen bei ihrem Einsatz auch Frustrationen in Kauf. Ihr angesammeltes

Erfahrungswissen kommt einer gesteigerten Professionalisierung des Auftritts zugute: Mobilisierungsvidéos für die Aufmärsche werden routiniert und sorgfältig produziert; die anlassbezogenen Transparente sind professionell gestaltet; hinterher gibt es multimedial aufbereitete Berichte in den sozialen Netzwerken. Nur eben das Fußvolk fehlt. Von einem eher heimlich beworbenen Event wie dem diesjährigen Kleinaufmarsch in Dresden sind eigentlich interessierte Jugendliche mangels Integration in die Kommunikationskanäle der Bewegung ausgeschlossen. Der Charakter dieser Demonstrationen hat sich also verändert. Nicht organisierte Neonazis anzusprechen und einzubinden, ist vielerorts durch die Blockaden unmöglich geworden. Der Initiationsort Demonstration verliert an Bedeutung, die Neonazis haben so Mühe, ihre Selbstreproduktion am Laufen zu halten.

Die neonazistische Reaktionen auf die Krise ihrer regulären Demonstrationspolitik ist in vier Muster einteilbar:

Kleinteiliger Aktionismus

Oftmals sind größere Demonstrationen wie in Dresden seit einigen Jahren von »Aktionswochen« umrahmt. Zusätzlich – und nun mehr verstärkt auch als Ersatz – zu den Demonstrationen tauchen an zahlreichen Orten Transparente zum Thema, in die Nacht mit Teelichterketten geschriebene Parolen, Poster und Ähnliches auf. Auch dass sich um die 100 deutsche Neonazis im Februar an einer kleinen Dresden-Gedenkdemostration im tschechischen Karlovy Vary beteiligten, kann im Sinne solcher Ausweichaktionen interpretiert werden.

Tagesaktuelle Interventionen

Am ehesten erfolgreich war der Neonazismus in jüngerer Zeit dort, wo er nicht auf sich allein gestellt war. Seit geraumer Zeit versuchen Neonazis im rassistisch aufgeladenen Diskurs um steigende Flüchtlingszahlen eigene Akzente zu setzen. Die NPD hat das Thema zu einem ihrer Haupttagungsfelder erkoren und führt regelmäßig Aktionen in unmittelbarer Nähe von Unterkünften



Dresden goes Berlin: DIE RECHTE am 13. Februar 2014 vor dem Brandenburger Tor in Berlin
| (c) apabiz

loser Symbolpolitik Nachahmung. Kaum noch ein rechter Demoaufruf, der kein Blockadebündnis auf den Plan ruft. Oft mit Erfolg. Die Auswirkungen sind bundesweit spürbar. In Bad Nenndorf etwa konnten die Nazis seit 2006 die Zahl der Teilnehmenden beim »Trauermarsch« kontinuierlich auf 1000 in 2010 steigern. Doch nach erfolgreichen Gegenprotesten und Repressionen sind die Zahlen seitdem rückläufig. 2013 nahmen nur noch 280 Neonazis teil.

Weniger zentrale Aufmärsche

Zwar gibt es noch immer die systematische rechte Demonstrationspolitik, doch sie ist an ihre Grenze geraten. Tendenziell werden zurzeit weniger überregionale Aufmärsche organisiert als noch vor einigen Jahren, und sie locken eine sinkende Zahl von Neonazis an. Eine vorher öffentlich angekündigte, temporäre Raumeroberung durch die extreme Rechte findet also seltener statt. Symbolisch wichtige, für die neonazistische Identität bedeutsame Events wie etwa das »Heldengedenken« in Halbe und die Rudolf-Heß-Märsche in Wunsiedel oder der »Antikriegstag« in Dortmund sind der



durch. Zwar schafft es die NPD meist nicht, mit offener Hetze und unterm Partei-Banner rassistische Normalbürger_innen zu vereinen. Dies gelingt mit zum Teil besorgniserregendem Erfolg über die Chiffre selbst-ernannter »Bürgerinitiativen« und NEIN ZUM HEIM-Kampagnen auf Facebook – selbst wenn personell und inhaltlich die regionalen neonazistischen Strukturen offenkundig am Werke sind. In Schneeberg etwa folgten im November 2013 2000 Bürger_innen dem Aufruf einer von einem NPD-Kader initiierten »Bürgerinitiative«, demonstrierten mit Fackeln und rassistische Parolen rufend gegen eine geplante Unterkunft für Geflüchtete und jubelten Reden lokaler Neonazis auf dem Marktplatz zu.

Heimliche Mobilisierungen

Wenn rechte Demoaufrufe Blockadebündnisse auf den Plan rufen, dann macht man die Demos eben ohne Aufruf. Eine Zeitlang machten die UNSTERBLICHEN-Aktionen des Brandenburger SPREELICHTER-Netzwerks Furore und fanden bundesweit Nachahmung. Startpunkt der Kampagne war eine heimlich organisierte, unangemeldete nächtliche Demonstration von mehreren hundert Neonazis in der Nacht zum 1. Mai 2011 in Bautzen. Diese Dynamik ist inzwischen, spätestens seit dem Verbot der SPREELICHTER 2012, weitgehend zum Erlie-

gen gekommen. Für abenteuerlustige Neonazis waren solche halbkländertin Events attraktiv, die öffentliche Vermittlung wurde im Nachhinein medial besorgt – mit Hilfe von professionell produzierten Videoclips.

Kundgebungsschwemme

Mit der DEUTSCHLANDTOUR der NPD zum letztjährigen Bundestagswahlkampf fing es in großem Stil an und wird seit geraumer Zeit mit den Aktionen gegen Geflüchtete fortgesetzt. Besonders die NPD aber auch viele parteiunabhängige Neonazigruppen setzen inzwischen verstärkt auf kleine Kundgebungen und Mahnwachen, damit sie trotz Demo-Rückschlägen eine Straßenpräsenz wahren können. Denn blockiert werden können stationäre Veranstaltungen schließlich nicht. Hinzu kommt, dass ein kleiner Kreis von wenigen Aktiven ausreicht, um den Aufwand zu stemmen und mit nur relativ wenig Mehrarbeit sogar drei bis vier Orte an einem Tag abtingeln zu können. Kundgebungen lassen sich auch kurzfristig organisieren um Proteste weiter auszuhebeln und zu ermüden. Finden doch Gegenproteste statt, kann die daraus resultierende Medienaufmerksamkeit positiv interpretiert werden: Wir waren nur zu fünft, dafür aber ganz groß in der Regionalzeitung. Wie viele Klein- und Kleinstkundgebungen

die extreme Rechte in den vergangenen Monaten auf die Beine stellte, kann niemand überblicken – es dürften viele hundert sein. Im Brandenburger Landtagswahlkampf 2014 will die NPD allein in diesem Bundesland 100 Kundgebungen abhalten.

Es ist naturgemäß nicht möglich zu prophezeien, wohin die neonazistische Demonstrationspolitik steuert. Wer weiß, vielleicht reichen die Kräfte für ein Comeback der »regulären« großen und mittelgroßen Demonstrationen doch aus. Immerhin wird sich 2015 das Kriegsende zum 70. Mal jahren. Runde Jahrestage haben in der Vergangenheit hohe Mobilisierungskraft bewiesen. Vielleicht setzen sich eine oder mehrere der hier angedeuteten Handlungsoptionen durch oder es kommt zu gänzlich neuen Entwicklungen. Oder aber der Neonazismus wird sich von seiner hart erkämpften Straßenpräsenz verabschieden müssen. Das hätte große Konsequenzen, denn eben jene Präsenz war viele Jahre lang – neben dem Kulturbereich – die wohl wichtigste Säule in der neonazistischen Werbestrategie. So oder so: Die rechte Demopolitik könnte sich an einem Wendepunkt befinden. Die antifaschistischen Protestbündnisse werden sich auf Neuerungen einstellen müssen.

apabiz

Der lange Weg der Aufarbeitung

Zum Umgang der türkischsprachigen Presse mit den Morden des NSU

In diesem Artikel geht es um die Wahrnehmung der türkischsprachigen Presse zum NSU-Komplex und deren Umgang damit. Diesem Artikel zugrunde liegt eine Analyse der Berichterstattung in den Zeitungen Sabah, Hürriyet und Evrensel¹, die durch das Losverfahren eine Platzreservierung für die Presse im Gerichtssaal erhielten.

Analysiert wurde das gesamte Online-Archiv dieser drei Zeitungen im Zeitraum von 04. November 2011 bis 28. März 2014; also zwischen dem Bekanntwerden des NSU und dem 99. Prozesstag.

Bei Sabah und Hürriyet fällt auf, dass die Berichterstattung sich zwei Wochen nach Prozessauftritt fast

ausschließlich auf die Europa-Ausgaben beschränkte. Dabei hatten sie das Verfahren am OLG München als »Jahrhundertprozess« titulierte, bei dem »türkische Opfer« (die Betonung der nationalen Herkunft spielt in beiden Zeitungen eine wichtige Rolle) den als »Nazi-Überbleibsel« bezeichneten Tätern gegenüber ste-

hen. Artikel wie »Der Prozess des Jahrhunderts« oder Fotos von demonstrierenden Migrant_innen-selbstorganisationen, die vor dem Gerichtssaal ein Transparent mit der Aufschrift »Hitlerkind Zschäpe, du wirst für die Mörder bezahlen müssen!« tragen (Sabah, 6. Mai 2013), waren in den Hauptausgaben

¹ Hürriyet und Sabah sind auch in Deutschland mit einer Europa-Ausgabe erscheinende Tageszeitungen. Evrensel erscheint lediglich in der Türkei. Ihr Europa-Korrespondent ist zugleich Redakteur der in Deutschland vierzehntägig erscheinenden, zweisprachigen Zeitung Yeni Hayat (»Neues Leben«). Sie teilt ihren Platz im Gerichtssaal mit taz und Neues Deutschland.



in der Türkei spätestens ab der dritten Woche kaum noch zu lesen bzw. zu sehen.

Fast jeder Artikel in *Sabah* und *Hürriyet* beginnt mit dem Einleitungssatz: »Der von rassistischen Neonazis gegründete NSU, der acht Türken und zwei weitere Personen ermordete«. Dieser nationale, ja zum Teil nationalistische Duktus, ist allerdings charakteristisch für den allgemeinen Sprachgebrauch in diesen beiden Zeitungen. Er schaltet zugleich die Wahrscheinlichkeit aus, dass es sich bei einem oder mehreren Opfern um Kurden handeln könnte. Dagegen sind die Artikel in *Yeni Hayat* bzw. *Evensel* (6. Mai 2013) von sachlich richtigen Aussagen gekennzeichnet: »Der NSU hat 10 Menschen, davon neun mit Migrationshintergrund und eine Polizeibeamtin ermordet«, bzw. »acht aus der Türkei und einen aus Griechenland stammende Kleinunternehmer«.

Alle drei Zeitungen stimmen in der Feststellung überein, dass der NSU-Prozess als ein Teil deutscher Geschichtsaufarbeitung zu betrachten ist. Unter der Überschrift »Tag der Abrechnung« berichtet *Hürriyet* von einem historischen »Tag, an dem der Prozess gegen die im Staat organisierten Überbleibsel der Nazis in München beginnt« (*Hürriyet*, 6. Mai 2013). Ein *Sabah*-Kolumnist geht weiter und wirft die Frage auf, »warum die Ausländerfeindlichkeit im genetischen Code des deutschen Staates nicht geknackt« werden könne. (*Sabah*, 4. Juli 2013) Beide Zeitungen beschränken sich darauf, in ihrer Berichterstattung die offiziellen Stellungnahmen der türkischen

und deutschen Regierung wiederzugeben. Als Hauptziel geben sie die Wiederherstellung des verlorenen Vertrauens von Angehörigen der Opfer und der gesamten Migrantencommunity in das deutsche Rechtssystem sowie in die deutsche Gesellschaft an.

Strategische Verkürzungen in der Kritik

Ein weiterer Aspekt, der in der Berichterstattung Beachtung findet, ist die Rolle und Arbeitsweise der staatlichen Organe wie Verfassungsschutzämter, Polizei, Justiz etc. im Zusammenhang mit dem NSU. In den Europa-Ausgaben von *Hürriyet* und *Sabah* sowie in *Yeni Hayat* wird diese Rolle hinterfragt und ausführlich durchleuchtet. Die Ausgaben von *Sabah* und *Hürriyet* in der Türkei jedoch verknüpfen diesen Aspekt mit dem Begriff »tiefer Staat«, mit dem »Gladio«-ähnliche Organisationen im Staatsapparat umschrieben werden. Dieser in der Türkei weit verbreitete Begriff wird zur Klärung der Rolle deutscher Behörden angewendet. *Hürriyet* in der Türkei betitelt ihren Artikel über den Prozessaufakt mit dem Satz »Der tiefe Prozess Deutschlands beginnt« (4. Mai 2013). Der o.g. *Sabah*-Kolumnist verweist an gleicher Stelle »auf die Unzulänglichkeiten der NSU-Ermittlungen, den tiefen Staat in Deutschland aufzudecken« (*Sabah*, 4. Juli 2013).

Es wird deutlich, dass insbesondere *Sabah*, aber in einem gewissen Maße auch *Hürriyet*, ihre Berichterstattung über den NSU-Prozess dazu nutzen, die türkische Regierung vor Kritik an anderer Stelle in Schutz zu nehmen: Ob brutales Vorgehen der türkischen Polizei bei Gezi-Park-Protessen oder fehlende Bemühungen der AKP-Regierung bei der Demokratisierung des Landes – in fast allen Zusammenhängen erhält das Interesse der türkischen Regierung und ihrer Vertreter innen an der Aufklärung des NSU auch immer ein strategisches Moment, indem das Versagen der deutschen Behörden gegen

die Kritik an der türkischen Situation ausgespielt wird.

Fortlaufende sprachliche Missgriffe

In einer Studie des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung wurde anhand der Berichterstattung in der *Bild-Zeitung* über Beate Zschäpe der Diskurs um Frauen im Rechtsextremismus analysiert.² Die dort kritisierten Begriffe wie »Nazi-Braut« oder »Döner-Morde« bzw. das Bildmaterial wurden jedoch auch von türkischsprachigen Medien übernommen. Während die große Mehrheit der deutschen Zeitungen das Unwort des Jahres 2011 »Döner-Morde« nach dem Bekanntwerden des NSU nicht mehr verwendete, war er für *Hürriyet* und *Sabah* eine Zeit lang ein essentieller Teil ihres Sprachgebrauchs.

Inzwischen verwendet die Presse den Begriff »Döner-Morde« nicht mehr. Dennoch werden weiterhin durch die Bezeichnung der ermordeten Menschen mit Migrationsgeschichte als »Ausländer« mit »türkischen Wurzeln« oder »Türken« – sowohl in der türkischsprachigen Zeitungen *Sabah* und *Hürriyet* als auch in den deutschsprachigen Medien *Spiegel* und *Tagesspiegel* – Diskriminierung, Ausgrenzung und nationale Erzählungen reproduziert.

Semiya Şimşek, die Tochter des Ermordeten Enver Şimşek, sagte in einem *Spiegel*-Interview: »Ihr alle habt uns schuldig gesprochen: Polizei, Medien, Gesellschaft.« (*Der Spiegel*, 12. Dezember 2011). Mit diesen Worten unterstrich sie aus eigener Erfahrung, welche Rolle die Medien bei der Meinungsbildung zu spielen vermögen. Das Fazit dieser Analyse kann man im folgenden Satz zusammenfassen: Auch die türkischsprachigen Mainstream-Medien wurden bei ihrer Berichterstattung über den NSU-Komplex dieser Verantwortung nicht gerecht. Es hat sich gezeigt, dass noch ein langer Weg zur Aufarbeitung notwendig ist, einerseits in der Aufarbeitung der NSU-Morde, als auch andererseits in der Verwendung von Begriffen und der Beschreibung der Vorfälle in der Presse.

Özge Pınar Sarp

2
Anna Oelhaf: »Beate Zschäpe in der *Bild-Zeitung*: Zwischen Nazi-Braut und Nazi-Killer. Der Diskurs um Frauen im Rechtsextremismus am Beispiel der NSU« (<http://www.diss-duisburg.de/2012/08/beate-zschape-in-der-bild-zeitung>)





Jährlicher Schattenbericht von MBR und apabiz erschienen

Die Berliner Zustände im Jahr 2013

Selten hat ein Thema die Projekte in Berlin so beschäftigt, wie in 2013 die verschiedensten Aspekte von Flucht, Migrations- und Asylpolitik und die rassistische Mobilisierung gegen Geflüchtete. Der Schwerpunkt der diesjährigen »Berliner Zustände«, dem achten Jahresbericht in Folge, lag scheinbar auf der Hand, war aber nicht in ein einziges Schlagwort zu pressen.

NPD ihre Kampagnen gegen »das Heim« lancierten. »Hellersdorf« ist das Symbol geworden für Rassist_innen und Nazis, die versuchen, ein Heim zu verhindern. Es ist das Symbol für eine überforderte Lokalpolitik und den Versuch, eine »Willkommenskultur« zu etablieren – oder wenigstens zu helfen. Die Artikel zum Schwerpunkt »Geflüchtete in Berlin« in dieser Ausgabe zeigen daher einige lokale Beispiele – neben Hellersdorf aus Pankow und Trepow-Köpenick – und geben Überblicke über die Aktivitäten der extremen Rechten.

Situation von Geflüchteten in Berlin

Geflüchtete sind mit diskriminierenden Praktiken der Behörden konfrontiert. Eine gleichberechtigte Teilhabe oder auch nur die Wahrung der eigenen Rechte sind noch lange nicht selbstverständlich: Arbeits-

verbot, Residenzpflicht, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, angeblich fehlende Plätze für Kinder an Schulen, unzureichende medizinische Versorgung – die Liste ließe sich weiter fortsetzen. Die Situation in Berlin beschreibt ein Artikel, während ein weiterer sich dem Racial Profiling durch die Berliner Polizei annimmt.

Aus der Logik des institutionellen Rassismus ist auch nicht zu entkommen, wenn man als Opfer von Rassismus vor Gericht aussagt: diskriminierende Sprache und die Ignoranz von Rassismus als Motiv von Gewalttätern und Nazis reproduzieren sich in Ermittlungen und

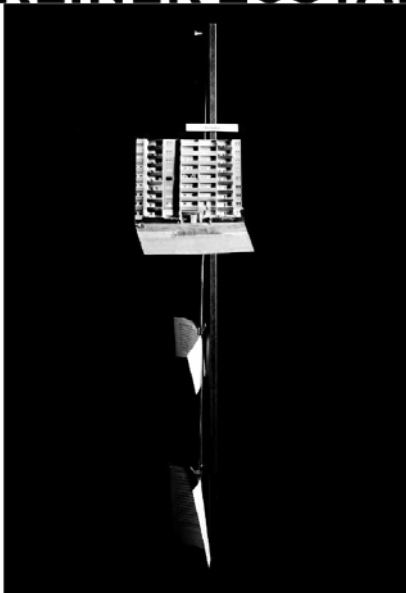
Gerichtsverfahren, wie es *Reach Out* in einer Prozessbeobachtung beschreibt.

Abschottung nach Innen und Außen

Ein Blick zurück zeigt die Tradition der Abwehrhaltung der Partei- und Lokalpolitik gegenüber selbstbestimmten Kämpfen von Migrant_innen: vor über 20 Jahren besetzten aus Hoyerswerda Geflohene zusammen mit antirassistischen Aktivist_innen die TU in Berlin. Damals wie heute versäumt bis verhindert die Partei- und Lokalpolitik es, die Geflüchteten oder betroffenen Roma mitreden oder gar selbst bestimmen zu lassen, wie zwei weitere Artikel zeigen. Der rassistische Diskurs um »Armutsmigration« erleichtert dabei die Durchsetzung einer autoritären Armuts- und Migrationspolitik und die Aberkennung von Grundrechten für stigmatisierte Gruppen. Diese Politik ist zunehmend vereinheitlichend auf europäischer Ebene abgestimmt, es heißt, die Flüchtlingspolitik solle »harmonisiert« werden. Das Resultat ist die Vereinigung der Kräfte zur Regulierung, Kontrolle und der versuchten kompletten Abwehr von Migrationsbewegungen nach Europa. Diese Abwehr bindet auch nordafrikanische Staaten in Form von »Sicherheitspartnerschaften« in das Projekt ein. Die Festung Europa beginnt schon in der Wüste Malis, sie hindert Menschen, nach Ceuta und Melilla zu migrieren und fordert unzählige Tote auf dem Mittelmeer. Die Überlebenden erreichen auch Berlin. In einem Interview beschreiben Aktivist_innen ihre selbstbestimmten Kämpfe für Bewegungsfreiheit und Menschenrechte.

Die »Berliner Zustände 2013« sind als Printausgabe bei den beteiligten Projekten erhältlich sowie als PDF-Ausgabe auf diversen Webseiten. Fördermitglieder des *apabiz* erhalten ein Exemplar wie immer auf dem Postweg.

BERLINER ZUSTÄNDE



BERLINER ZUSTÄNDE
BERATUNGSGRUPPE VON
MBR UND APABIZ
— 2014

Ein Schattenbericht über
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus im Jahr 2013

Diese Ausgabe der »Berliner Zustände« ist so umfangreich wie nie zuvor: auf 120 Seiten berichten 17 Projekte in insgesamt 19 Artikeln über die Berliner Situation – und drei Viertel aller Artikel beschäftigen sich mit dem Schwerpunkt »Geflüchtete in Berlin«.

Fängt man im lokalen Sozialraum an, beginnt die Erzählung in einer leerstehenden Schule in Berlin-Hellersdorf. Dort zogen im August 2013 rund 200 Geflüchtete ein, während im Vorfeld und im Nachgang rassistische und rechtsmotivierte Angriffe zur Tagesordnung wurden und rassistische Bürger_innen und extrem rechte Parteien wie die

Rezension

Kampf dem Antifaschismus

BETTINA BLANK hat eine Arbeit über »den« Antifaschismus in Deutschland verfasst. Das Ergebnis ist eine von geradezu fanatischem Antikommunismus geprägte, extremismusideologische Abrechnung. BETTINA BLANK ist Mitarbeiterin des LANDESVERFASSUNGSSCHUTZES IN BADEN-WÜRTTEMBERG. Ihre Arbeit will die promovierte Politikwissenschaftlerin jedoch ausschließlich »in der Freizeit« geschrieben haben.

Die These, die BETTINA BLANK mit aller Vehemenz verfolgt, lautet: All jene, die sich Antifaschismus als politisches Engagement zur Aufgabe machen, verfolgen insgeheim das Ziel, den systemischen Umsturz in der Bundesrepublik herbei- und einen diktatorischen Kommunismus einzuführen. Als Untersuchungsgegenstand dienen die *Deutsche Kommunistische Partei (DKP)*, die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)*, die Partei *Die LINKE* und der »autonome Antifaschismus« – nach Meinung Blanks die »Träger des Antifaschismus«.

Dass BLANK den Komplex des »autonomen Antifaschismus« in erster Linie mit Bedrohung und Gewalt in Verbindung bringt und »Militanz« als dessen Markenzeichen erkannt haben will, mag im Hinblick auf ihre Vita kaum verwundern. Auch der Versuch, antifaschistische Protest- und Blockadeaktionen in diesem Zusammenhang zu kriminalisieren, ist wenig überraschend. Auf fast 40 Seiten widmet sich BLANK der sogenannten »Anti-Nazi-Arbeit«. Als wichtige Akteure werden hier das *apabiz* und *a.i.d.a.* sowie das *Antifaschistische Infoblatt (AIB)*, die *Lotta* und *der Rechte Rand* genannt. Sie unterstellt, dass antifaschistische Recherche- und Aufklärungsarbeit sowie Kampagnenpolitik und »Outing«-Aktionen nicht nur ungerechtfertigt seien, sondern zudem Gewaltaktionen zur Folge hätten.

Respektlose Diffamierung von Holocaust-Überlebenden

Die Respektlosigkeit, mit der BLANK im Zuge ihrer antikommunis-

tischen »Beweisführung« Holocaust-Überlebende und NS-Widerstandskämpfer_innen diskreditiert, ist empörend. Ausführlich geht sie etwa auf den »Schwur von Buchenwald« ein, mit dem KZ-Häftlinge nach ihrer Befreiung die »Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln« und den »Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit« als ihr ehrenwertes Ziel deklarierten. Der Vorwurf BLANKS lautet hier: Das für den Widerstand in Buchenwald wie für den Schwur verantwortliche *Internationale Lagerkomitee (ILK)* setzte sich maßgeblich aus Kommunist_innen zusammen. Also beinhalte der Schwur »in letzter Konsequenz die Überwindung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung«. Darüber hinaus bezeichnet BLANK das *ILK* als ein »konspirativ agierendes Organ von Häftlingen zur illegalen Organisation des Widerstandes im Lager«. Die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano greift sie als »Rehabilitierung von Kommunisten« an. Damit versagt BLANK dem lebensnotwendigen Widerstand der Betroffenen nicht nur ihre persönliche Anerkennung, sondern spricht ihm gänzlich die Legitimität ab.

NSU als Mittel zum Zweck

Geradezu skandalös ist schließlich BLANKS Fazit: Sie bezeichnet das Bekanntwerden des NSU als ein für Antifaschist_innen »notwendiges«, geradezu herbeigesehntes »Schlüsselereignis«, das der Taktik diene, »die öffentliche Auseinandersetzung« mit der extremen Rechten »bewusst zu for-



cieren«. Diese würden »mittels einer gezielten Skandalisierung [...] Druck auf die politischen Entscheidungsträger in Richtung eines verstärkten Vorgehens gegen Rechtsextremisten« ausüben. Die möglicherweise daraus resultierende gesellschaftliche Akzeptanz und Wertschätzung antifaschistischen Engagements sieht BLANK als die eigentliche Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat.

Die Arbeit von BETTINA BLANK füllt eine bisherige Leerstelle in der extremismusideologischen Literatur. Es ist zu befürchten, dass das Buch trotz unsinniger Methodik künftig als Grundlage dienen wird, um die Arbeit gegen Rechts in Misskredit zu bringen. Dem gilt es mit aller Entschiedenheit zu widersprechen: Die verschiedenen Formen antifaschistischen Engagements sind und bleiben notwendig!

Frank Metzger

Blank, Bettina: »Deutschland, einig Antifa? – 'Antifaschismus' als Agitationsfeld von Linksextremisten«, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014.



Kurzmeldungen

Neue Führung bei NPD-Frauenorganisation

Berlin • Am 29. März fand der Bundeskongress der NPD-Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF) in Berlin-Köpenick statt. Zur neuen Vorsitzenden wurde RICARDA RIEFLING gewählt. Die bisherige Vorsitzende SIGRID SCHÜSSLER habe, so der RNF in einer Mitteilung, unentschuldig gefehlt. Als Stellvertreterinnen wiedergewählt wurden HEIDRUN WALDE, GITTA SCHÜSSLER, EDDA SCHMIDT und MARIA FANK. MONIQUE MÖLLER wurde neu in den Vorstand gewählt. Die Leitung des Frauenkongresses oblag bemerkenswerterweise einem Mann, dem NPD-Bundesvize FRANK SCHWERDT.

Flugblatt gegen Heim-Hetze

Berlin • Die *apabiz*-Jugendkampagne »Kein Bock auf Nazis« hat ein Flugblatt mit dem Titel »Refugees Welcome« veröffentlicht. Das zweiseitige Blatt setzt sich niedrigschwellig mit den derzeitigen rassistischen Protesten gegen Flüchtlingsheime auseinander. Es liefert Argumente, Statistiken und Handlungstipps. Die zweiseitige Schrift richtet sich an Jugendliche, die sich zum Thema engagieren wollen und »Kein Bock auf Nazis« zugeneigt sind. Es eignet sich auch zum Verteilen in der Öffentlichkeit. Eine farbige und gedruckte Version ist ab Mitte April im *apabiz* beziehbar. Eine Kopiervorlage in Schwarz-Weiß wird als PDF-Download auf der Homepage www.keinbockaufnazis.de zur Verfügung gestellt.

270 rechte Angriffe in Berlin und Brandenburg

Berlin und Brandenburg • Im Jahr 2013 hat es in Berlin und Brandenburg insgesamt 270 rechte und rassistische Gewalttaten gegeben. Dies teilten im März die Beratungsstellen *Opferperspektive* und *Reach Out* mit. In Berlin wurden von *Reach Out* im Jahresverlauf mit 185 Angriffen die höchste Zahl seit Gründung der Beratungsstelle registriert. Hellersdorf ist mit 16 Attacken der am stärksten belastete Stadtteil. *Reach Out* sieht hierbei einen Zusammenhang mit den dortigen rassistischen Protesten gegen die Flüchtlingsheimeöffnung. Die Opferperspektive zählte 2013 insgesamt 85 Angriffe in Brandenburg. Das ist ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr (2012: 95). Ein Schwerpunkt

rechter Gewalt liegt in der Region um Cottbus im Süden des Landes.

Mordversuch an Linken in Malmö

Malmö • Am 8. März – dem internationalen Frauenkampftag – griffen mehrere Neonazis vier linke Aktivistinnen im schwedischen Malmö mit Messern an. Einer der Linken wurde so schwer verletzt, dass er mehrere Tage im Koma lag. Die anfänglich von der Polizei verbreitete Version einer Auseinandersetzung zwischen »Extremisten« wurde schnell widerlegt – es war ein Mordversuch militanter Neonazis. Zumindest der Hauptbetroffene Showan Shattak war den Nazis schon vorher bekannt, da er sich als Fan des Fußballvereins Malmö FF gegen Homophobie engagierte. Der wahrscheinliche Haupttäter, ANDREAS CARLSSON, ist ein militanter Kader der SVENSKARNAS PARTI (ehemals NATIONALSOCIALISTISK FRONT). Er wurde nur kurzzeitig von der Polizei festgehalten. Inzwischen ist er abgetaucht. Verschiedentlich wird spekuliert, er habe sich in die Ukraine abgesetzt.

Der Henker ist dicht

Berlin • Die Berliner Neonazi-Kneipe ZUM HENKER im Stadtbezirk Schöneweide ist endgültig geschlossen. »Danke für fünf Jahre Treue« wurde Ende März auf der Homepage verkündet. Nach einem längeren Rechtsstreit hatte sich der Vermieter der Räume mit seiner Kündigung schließlich durchgesetzt. Betreiber der Kneipe war der britischstämmige Neonazi PAUL BARRINGTON. Im Umfeld des HENKERS war es immer wieder zu rechten Gewalttaten gekommen. Jahrelange hatten Antifragruppen eine Schließung der Kneipe gefordert und mehrmals entsprechende Demonstrationen veranstaltet.

Nationale Sozialisten Chemnitz verboten

Chemnitz • Am 28. März hat das sächsische Innenministerium die Gruppe NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) verboten. Das Verbot richtete sich gegen 14 Mitglieder um die Führungskader MAIK A. und ERIC F.. Ein Umfeld von rund 30 Personen wird den NSC zugeordnet. Im Zuge des Vereinsverbots

wurden 15 Wohnungen und ein Szenetreffpunkt in Chemnitz sowie eine weitere Wohnung in Hessen durchsucht und dabei eine selbst für die Ermittler überraschend große Menge an Neonazi-Propaganda gefunden. Die NSC hatten sich immer wieder verschiedener Tarnnamen bedient. So nannten sie sich beim Gedenken an die Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg und bei Aktionen gegen ein Flüchtlingsheim INTERESSENGEMEINSCHAFT CHEMNITZER STADTGESCHICHTE. Die Sprecherin der *Linken*-Fraktion im sächsischen Landtag, Kerstin Köditz, beklagte, dass dieses Verbot leider auch für die Strukturen erwartbar gewesen sei. Es stelle dennoch einen »herblichen Schlag« gegen die militante Chemnitzer Neonaziszene dar.

Prorussischer Nationalistenaufmarsch

Berlin • Am 30. März demonstrierten etwa 100 deutsche und rund 50 russischsprachige Ultra-NationalistInnen in Solidarität mit der Ukrainepolitik Putins gemeinsam vor der russischen Botschaft und vor dem Bundestag. Organisator der Aktion unter dem Motto »Kein Krieg gegen



(c) apabiz

Russland« war KARL SCHMITT (ehemals DIE FREIHEIT und PAX EUROPA). Am Bundestag wurden mehrere kurze Reden gehalten. Unter anderem sprach dort MANFRED ROUHS (siehe Foto), Bundeschef von PRO DEUTSCHLAND. Auch dem REICHSBÜRGER RÜDIGER KLASSEN wurde das Wort erteilt. Zum Abschluss sangen die Teilnehmenden die deutsche Nationalhymne und die russische wurde vom Band abgespielt. Es gab keine Gegenproteste.



Abonnieren...

...kann man den ~~monitor~~ nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bzw. die bekommt ihn kostenlos zugeschickt!

Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem apabiz e.V. eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet. einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden_innen erhalten diese 1x jährlich)

Neu im Archiv

eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Strube, Julian: VRIL. Eine okkulte Urkraft in Theosophie und esoterischem Neonazismus, Wilhelm Fink Verlag, München 2013.*

»Vril«, die mythische geheimnisvolle universelle Energie, ist heutzutage eines der zentralen Motive esoterischer Neonazis – meist in Verbindung mit UFOs, Nazi-Flugscheiben, der »Schwarzen Sonne« und diversen geheimen Orden. Erdacht wurde »Vril« von Edward Bulwer-Lytton im 19. Jahrhundert. Seine eigentlich satirische Metapher wurde von Theosoph_innen und Okkultisten aufgegriffen, ausgeschmückt und schließlich zentral für die Verklärung des Nationalsozialismus in der Esoterik nach 1945. Mit »Vril« behandelt der Autor auf sehr nüchterne und wissenschaftlich akribische Art zwar nur ein Fallbeispiel für allgemeine Rezeptions- und Umdeutungsprozesse im Feld der Esoterik, jedoch ein durchaus zentrales. So weist die Untersuchung von »Vril« weit über das eigentliche Motiv hinaus: Es ist exemplarisch für die Geschichte der Esoterik seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und seit dem nicht tot zu kriegen.

• *Westemeier, Jens: Himmlers Krieger. Joachim Peiper und die Waffen-SS in Krieg und Nachkriegszeit, Ferdinand Schöningh, Paderborn u.a. 2014.*

Seit Jahrzehnten wird die Person Joachim Peiper als hoch dekoriertem Regimentskommandeur der Waffen-SS und Verurteilter der »alliierten Siegerjustiz« von Rechts mit zahlreichen apologetischen Veröffentlichungen erfolgreich mystifiziert. Auf fast 900 Seiten beleuchtet dagegen der Historiker Jens Westemeier quellennah die Biographie und räumt vor allem mit dem vielschichtigen »Mythos Peiper« auf: Seinen vermeintlichen militärischen Fähigkeiten aber auch vor allem seiner Rolle bei den Kriegsverbrechen durch seine Einheit wie der Ermordung von US-Soldaten im belgischen Malmedy zum Kriegsende. Im gleichnamigen Prozess erhielt Peiper 1946 anfänglich die Todesstrafe und verbüßte schließlich seine Haftstrafe im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg. Westemeier beschreibt eindrucksvoll die Situation der zahlreichen Verurteilten in Landsberg und Peipers Rolle in der dortigen Gemeinde von Wehrmacht, Waffen-SS und NS-Politik. Peipers Nachkriegsaktivitäten wie seine Verbindungen zur HIAG und die einsetzende Mystifizierung der Person Peiper finden sich

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

genauso im Buch wieder wie schließlich die Unklarheiten bei dem Tod Peipers 1976 in Frankreich. Trotz aller Ausführlichkeit bei militärischen Einzelaspekten ist das Buch lesenswert und eine deutliche kritische Antwort auf den »Mythos Peiper«.

• *Alberto, Ibraimo: Ich wollte leben wie die Götter. Was in Deutschland aus meinen afrikanischen Träumen wurde, Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 2014.*

Seine Großmutter sollte recht behalten, als sie Ibraimo Alberto als kleinen Jungen auf dem Weg gab, er müsse sein Leben lang kämpfen: In Mosambik träumte er auf einer portugiesischen Sklavenfarm davon in die Schule zu gehen und eines Tages ein Leben wie das der weißen Oberschicht zu führen, die er kindlichen naiv als seine »Götter« betrachtete. Er ging in die DDR und kämpfte: Als Boxer wurde er berühmt. Doch als Schwarzer hatte er vor allem tagtäglich gegen rassistische Ausgrenzungen und Diskriminierung im sonst weißen Ostdeutschland sowie gegen Bedrohungen und Angriffe durch Neonazis anzukämpfen. 2013 reiste er mit dem Journalisten Daniel Bachmann nach Mosambik und begab sich auf die Pfade seiner Kindheit. Daraus entstanden ist ein lesenswertes Buch, das in packender Weise sein Leben in Mosambik, seine Zeit als Arbeiter in einem Fleischkombinat in Ostberlin sowie die Auseinandersetzungen als ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter, Sozialarbeiter und SPD-Abgeordneter der Stadt Schwedt nachzeichnet.

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des monitor pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!